

Die Verdammten von Papua-Neuguinea

Australische Politik und das Scheitern der Menschenrechtler

(Aus: *Welche Grenzen brauchen wir?*)¹



*Abdul Aziz Muhamat, sechs Jahre im Lager Manus festgehalten.*²

Der Geruch der Leichen nach dem Angriff. Die Flucht aus seinem Dorf. Die nicht bestatteten Toten im Flüchtlingslager. Der Traum eines zehnjährigen Jungen, der Ärzte bei der Arbeit sah und sich dachte, so etwas wolle er auch einmal machen. Erinnerungen an eine Kindheit im Sudan.

Wer wie Abdul Aziz Muhamat gegen Ende des 20. Jahrhunderts in Darfur geboren wurde, wuchs in einer Welt des Schreckens auf. Regierungsnahe Milizen vertrieben Millionen Menschen, töteten Hunderttausende und zerstörten Tausende Dörfer. Sein Bruder kam ums Leben, noch bevor Aziz mit seiner Familie in ein Flüchtlingslager fliehen konnte. Dort wuchs er auf, und von dort schickten ihn seine Eltern später in die Hauptstadt des Landes, um eine Entführung durch Rebellen zu verhindern. Doch auch bei seinem Onkel in Khartum fühlte er sich nicht sicher, und so kaufte ihm dieser ein Ticket für einen Flug nach Indonesien. Dort beschloss Aziz, mit Schleppern weiterzureisen. Sein Ziel: die südlich von Indonesien gelegenen australischen Weihnachtsinseln. Seine Hoffnung: Asyl in Australien.

Sein erster Versuch, nach Australien zu gelangen, schlug fehl; er überlebte einen Unfall in einem maroden Fischerboot, fünf andere Insassen ertranken. Beim zweiten Versuch wurde sein Boot nach angstvollen Tagen von einem australischen Militärschiff entdeckt. Es nahm die Flüchtenden auf, und dort erhielt Aziz eine neue Identität, die aus drei Buchstaben und drei Zahlen bestand: QNK002. Er ahnte nicht, dass dies sein offizieller Name in der Schattenwelt werden würde, in der er nun für die nächsten sechs Jahre, bis 2019, verschwand. Denn kurz nachdem er es auf die Weihnachtsinseln geschafft hatte, stellte ihn eine Beamtin der australischen Einwanderungsbehörde vor die Wahl zwischen der Rückkehr in den Sudan und dem Transfer nach Manus, einer in der Bismarcksee im Norden von Papua-Neuguinea

¹ Auszug aus: Gerald Knaus, [Welche Grenzen brauchen wir? Zwischen Empathie und Angst – Flucht, Migration und die Zukunft von Asyl](#), Piper, September 2020

² Foto: Michael Green.

gelegenen kleinen Insel im ehemaligen Deutsch-Neuguinea. Und so fand er sich ab Oktober 2013 in der Nähe des Äquators wieder, hinter Metallzäunen, in einem unerträglich heißen Raum mit 122 Männern aus Dutzenden Ländern. In dem Lager lebten zunächst über 1200 Asylsuchende inmitten eines einst japanischen, dann amerikanischen, später australischen und schließlich neuguineischen Militärstützpunktes.

Seiner Freiheit beraubt, war Aziz nun Leidtragender einer Politik der australischen Regierung, durch schlechte Behandlung einiger Tausend Menschen auf den Pazifikinseln Manus und Nauru weitere Überfahrten aus Südostasien zu verhindern. Greg Lake von der australischen Einwanderungsbehörde, der 2012 für die Lager in Nauru und Manus verantwortlich war, erklärte später, die Absicht hinter den Maßnahmen sei jedem klar gewesen: Es galt, den Menschen auf den Inseln jede Hoffnung auf die Zukunft zu nehmen. Daher wurden sie mit ihrer Nummer und nie mit ihrem Namen angesprochen. Ihr Alltag war bis ins Detail so organisiert, dass sie keine Kontrolle über ihr Leben hatten, Eltern keine über das ihrer Kinder. Man sagte ihnen gleich zu Beginn, dass sie viele Jahre festsitzen würden.³ Zunächst versuchte die australische Regierung auch mit drakonischen Strafandrohungen, selbst für die auf den Inseln tätigen australischen Ärzte, jeden Informationsfluss über die Bedingungen in den Lagern zu unterbinden. Doch ohne Erfolg: Es erschienen Artikel und Reportagen, Filme und sogar ein Theaterstück über Manus. John Zammit, ein australischer Psychologe, der 2013 dort arbeitete, beschrieb das Lager später als »höllisch« und die psychologische Betreuung, die er dort anbieten sollte, als sinnlos: John sah, »wie Menschen vor [ihm] auseinanderbrachen«, zermürbt von einem Leben wie in einem Albtraum: erniedrigende Tage hinter Zäunen, sinnlose Regeln, Insassen, die selbst um Toilettenpapier und Seife betteln mussten. Viele verfielen nach jahrelanger Haft und Ungewissheit in Apathie und stellten sich jeden Abend in die Warteschlange für Schlafmittel und Antidepressiva. Andere verletzten sich, immer wieder gab es Selbstverstümmelungen. Ein Flüchtling wurde vom Sicherheitspersonal bei Tumulten erschlagen, ein zweiter verstarb aufgrund einer verschleppten Behandlung. Von 2013 bis 2018 begingen 14 Insassen auf Manus und Nauru Selbstmord. 2019 gab es erneut Selbstmordversuche, nachdem der ehemalige australische Migrationsminister Scott Morrison, ein führender Architekt dieser Insel-Zermürbungsstrategie, überraschend die Parlamentswahlen gewonnen hatte.⁴

Der Psychologe John Zammit sprach bei den Zuständen in den Lagern von Folter. Er erklärte später, er glaube, er hätte Manus als Insasse nicht überlebt. Und dass er sich trotzdem an Aziz' Lächeln und seine Ausstrahlung erinnere, unter widrigsten Umständen eine Inspiration für andere. Denn Aziz übernahm eine Führungsrolle im Lager, organisierte friedliche Proteste, erwarb verbotenerweise ein Mobiltelefon und verschickte Tausende Nachrichten an einen Journalisten. Ein kurdischer Freund schrieb sogar ein Buch über das Lagerleben auf einem Mobiltelefon.⁵ Das Ziel all jener, die nicht gebrochen wurden, war es, die Welt mit ihren Geschichten aufzurütteln. Und so an ihre unantastbare und verletzte Würde zu erinnern.

2019 erhielt Aziz den internationalen Martin-Ennals-Menschenrechtspreis und durfte Papua-Neuguinea für zwei Wochen verlassen. Er hielt in Genf eine bewegende Rede und erhielt in der Schweiz Asyl. Und dort, in Genf, zeigte er mir auf seinem Mobiltelefon ein Foto vom Schreibtisch des australischen Premierministers Scott Morrison, auf dem ein kleines, graues Boot stand mit der Aufschrift: »I stopped these«, »Ich habe sie gestoppt«. Denn während

³ Greg Lake, »What Kind of Nation Are We Building?«, *Asylum Insight*, 19. Januar 2015, <https://www.asyluminsight.com/c-greg-lake>.

⁴ The Wheeler Centre, »I Need to Format My Memory«, *The Messenger*, zugegriffen 14. Juli 2020, <https://www.wheelercentre.com/broadcasts/podcasts/the-messenger/2-i-need-to-format-my-memory>.

⁵ Behrouz Boochani, *Kein Freund außer den Bergen: Nachrichten aus dem Niemandsland* (btb, 2020).

Menschenrechtsorganisationen das australische Grenzregime seit Jahren scharf kritisieren, ist Scott Morrison stolz auf eine Politik, die Aziz sechs Jahre seines Lebens kostete und die von australischen Ärzten als Folter beschrieben wurde. Morrisons politischer Erfolg zeigt, dass es viele australische Wähler gibt, die dies ähnlich sehen. Erklärungen, dass die Bürger dieser multikulturellen Einwanderergesellschaft besonders empathielos gegenüber Menschen in Not wären, überzeugen nicht. Was also erklärt die Popularität dieser Politik?

Im Wahlkampf 2013 versprach der australische Oppositionsführer Tony Abbott seinen Wählern: »Natürlich ist unser Ideal, kein einziges Schiff [mit irregulären Migranten] zu haben.«⁶ Als im April 2015 bei einem Schiffsunglück im zentralen Mittelmeer über 800 afrikanische Migranten ums Leben kamen, richtete Abbott, nun australischer Premierminister, den Europäern aus, der einzige Weg, das Sterben zu stoppen, sei es, die Boote zu stoppen. Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise im Mittelmeer im Oktober 2015 wiederholte er seine Botschaft bei einem Vortrag in London: »Es ist jetzt 18 Monate her, dass es das letzte illegale Boot nach Australien geschafft hat ... und – das Beste daran – es gibt keine Todesfälle auf dem Meer mehr. Deshalb sind das Stoppen der Boote und die Wiederherstellung der Grenzsicherheit *die einzig wirklich empathische Politik.*«⁷



*Der ehemalige Premierminister Tony Abbott (2013) und sein Migrationsminister Scott Morrison, Premierminister seit 2018: die beiden Architekten der „No way“-Abschreckungspolitik Ende 2013.*⁸

Eine »empathische Politik«? Der australische Premierminister Tony Abbott wusste wie auch seine Nachfolger um die Lage der Menschen auf Nauru und Manus, denn jeder Zwischenfall dort wurde dokumentiert.⁹ Nachdem immer mehr über die unerträglichen Zustände auf den Inseln an die Öffentlichkeit gedrungen war, forderten Politiker die australische Bevölkerung auf, ihre Empathie für die dort Festgehaltenen zu unterdrücken. So appellierte Abbotts Nachfolger, Premierminister Malcolm Turnbull, im April 2016 an seine Bürger: »Wir können es uns nicht leisten, dass das Mitgefühl, das wir für die verzweifelte Situation vieler Menschen

⁶ Tom Iggulden, »Coalition to Take Even Harsher Approach to Asylum Seekers than Government«, *Australian Broadcasting Corporation*, 16. August 2013, <https://www.abc.net.au/lateline/coalition-to-take-even-harsher-approach-to-asylum/4893784>.

⁷ »Transcript: Tony Abbott's controversial speech at the Margaret Thatcher Lecture«, *The Sydney Morning Herald*, 28. Oktober 2015, <https://www.smh.com.au/politics/federal/transcript-tony-abbotts-controversial-speech-at-the-margaret-thatcher-lecture-20151028-gkkg6p.html>.

⁸ Foto: gettyimages / Graham Denholm.

⁹ Später wurden diese Dokumente von der britischen Zeitung *The Guardian* veröffentlicht.

haben, unser Urteilsvermögen trübt.«¹⁰ Und Australiens Innenminister Peter Dutton erklärte im Juni 2018, Australien könne sich angesichts irregulärer Migranten kein Mitgefühl erlauben: »Wir sind in Gefahr ... vor einem Monat stoppten wir ein Schiff mit 131 Menschen ... Alle Menschen müssen wissen: *Eine einzige Tat aus Mitgefühl* kann alle hart erkämpften Erfolge der letzten Jahre zunichtemachen.«¹¹ Das Argument: Um diese »einzig wirklich empathische Politik« zu ermöglichen, musste die Gesellschaft Empathie für konkrete Menschen unterdrücken. Es war der australischen Regierung überdies viel Geld wert, 2017 einen öffentlichen Gerichtsprozess über die Zustände in den Offshorelagern zu verhindern. Ein iranischer Asylbewerber, der auf Manus festgehalten worden war, hatte vor dem Obersten Gerichtshof des australischen Bundesstaats Victoria geklagt. 1923 andere schlossen sich ihm an. Die Kläger forderten eine Entschädigung für schwere körperliche und psychische Schäden und für ihre widerrechtliche Festsetzung. Sie konnten sich auf den Obersten Gerichtshof von Papua-Neuguinea berufen, der im April 2016 entschieden hatte, dass die Festsetzung auf Manus rechtswidrig war.¹² Im September 2017 akzeptierte die australische Regierung einen außergerichtlichen Vergleich und zahlte an die Kläger eine Entschädigung von insgesamt 70 Millionen australischen Dollar (damals etwa 47 Millionen Euro). Geld spielte bei der Inselpolitik Australiens nie eine große Rolle. So beliefen sich die Ausgaben für 3000 Personen in zwei Lagern ab 2012 auf etwa 600 Millionen Euro jährlich. Der Betrag entsprach den jährlichen Ausgaben für das gesamte australische Gerichtswesen.¹³

So wie Geld keine Rolle spielte, so wurde in Canberra seit 2013 auch Kritik aus der australischen Zivilgesellschaft konsequent ignoriert. Menschenrechtsgruppen, Ärzte und Künstler protestierten unermüdlich. Der bekannteste Schriftsteller des Landes, Richard Flanagan, nannte die Insellager einen verbrecherischen »Zoo der Grausamkeit«.¹⁴ Doch Tony Abbott und seine Nachfolger wussten, dass nicht nur die Mehrheit der Bevölkerung, sondern auch die größte Oppositionspartei des Landes zu den Lagern keine Alternative sah. Im April 2016 erklärte Bill Shorten, Oppositionsführer und Parteichef der Labor Party, dass »es bei Labor keine einzige Person gibt, die sehen will, dass die Boote wieder ablegen«. Im November 2017 betonte Shorten: »Die Lager auf Manus und Nauru wurden als Transitzentren eingerichtet, um sicherzustellen, dass Australien kein Ziel für Menschenschmuggler wird, und um die Todesfälle auf See zu stoppen. Diese Strategie hat funktioniert.«¹⁵ Diese Argumentation fand bei einer großen Mehrheit der Wählerschaft Anklang. Damit liefen die Kampagnen von NGOs ins Leere. Die große Mehrheit der Australier sah keine Alternative zur Offshorepolitik. Die Kritiker dieser Politik hatten ebenfalls keine.

Es war eine ernüchternde Lehrstunde für Menschenrechtsaktivisten: Es genügt nicht, auf unschuldig leidende Menschen zu verweisen, um einen Politikwechsel herbeizuführen, solange der kritisierten Politik keine mehrheitsfähige Alternative entgegengesetzt wird. Daran scheiterten die Kritiker der Nauru-Manus-Politik in Australien.

¹⁰ Helen Davidson, »Turnbull rejects New Zealand offer to take 150 refugees from detention«, *The Guardian*, 29. April 2016, <https://www.theguardian.com/australia-news/2016/apr/29/turnbull-rejects-new-zealand-offer-to-take-150-refugees-from-detention>.

¹¹ »Compassion Can Undo Efforts against People-Smugglers: Dutton«, *SBS News*, 23. Juni 2018, <https://www.sbs.com.au/news/compassion-can-undo-efforts-against-people-smugglers-dutton>.

¹² Ben Doherty, »Manus Island: Judge Approves \$70m Compensation for Detainees«, *The Guardian*, 6. September 2017, <https://www.theguardian.com/australia-news/2017/sep/06/judge-approves-70m-compensation-for-manus-island-detainees>.

¹³ »Detention Costs«, *Refugee Action Coalition*, zugegriffen 14. Juli 2020, http://www.refugeeaction.org.au/?page_id=3447.

¹⁴ Boochani, *Kein Freund außer den Bergen*.

¹⁵ »Bill Shorten: Response to letter from Australians of the Year re Manus Island«, *Independent Australia*, 24. November 2017, <https://independentaustalia.net/life/life-display/bill-shorten-response-to-letter-from-australians-of-the-year-re-manus-island,10965>.

Die guten Australier

Die Geschichte des 20-jährigen Lam Binh, der im April 1976 als erster Bootsflüchtling mit einer aus einem Schulatlas herausgerissenen Seite als Navigationshilfe bis nach Australien kam, ist heute an australischen Schulen Unterrichtsstoff.¹⁶ Zusammen mit seinem jüngeren Bruder und drei Freunden hatte sich Lam auf die mehr als 3500 Kilometer lange Reise von Vietnam nach Australien gemacht. Nach dreimonatiger Fahrt lief das Boot in den Hafen von Darwin ein. Als die Beamten der Einwanderungsbehörde an Bord kamen, sagte Lam: »Willkommen auf meinem Boot. Mein Name ist Lam Binh, und dies sind meine Freunde aus Südvietnam. Wir bitten um Erlaubnis, in Australien bleiben zu dürfen.«¹⁷ Er durfte bleiben.

Im November 1977 erreichte Hieu van Le die Nordküste Australiens in der Nähe von Darwin. Auch er hatte Vietnam mit seiner Frau in einem kleinen Schiff verlassen. »Ich bin in einem vom Krieg zerrissenen Land weit weg von hier geboren und aufgewachsen. Der Krieg war Teil meines Lebens: abgefeuerte Raketen, lärmende Hubschrauber, die über uns schwebten, während wir in Deckung gingen ... und die eindringlichen Geräusche von leidenden Menschen«, erzählte er später. »Die Flucht aus Vietnam war gefährlich, es gab Piraten, tobende Stürme, sogar einen Vulkanausbruch und unentwegt Hunger und Durst.«¹⁸



Hieu van Le, vom Bootsflüchtling zum Gouverneur von Südaustralien.¹⁹

Nach der Ankunft wurde das junge Paar in den Süden des Landes gebracht. Mithilfe einer einheimischen Familie fanden beide Arbeit auf einer Aprikosenfarm. Van Le studierte Wirtschaft an der Universität von Adelaide und arbeitete als Buchhalter. Er wurde Vorsitzender der staatlichen Kommission für multikulturelle und ethnische Angelegenheiten und 2014 Gouverneur von Südaustralien, einem der sechs Bundesstaaten.

Van Le sprach oft öffentlich über die Bedeutung von Migration für Australien und die Großzügigkeit und Offenheit, die er erlebte: »In Australien haben wir eine lange Tradition, die Einwanderung als Vorteil, als Aufbau unseres Humankapitals zu sehen, und als positive Ergänzung für unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft. Das hat uns zu dem gemacht, was wir sind.«²⁰ Trotz der herzlichen Aufnahme vermisste er manches aus der alten Heimat. Er erinnerte sich daran, wie seine Frau ihn einmal losschickte, um für ein traditionelles

¹⁶ »Anniversary of First Vietnam Boat Marked«, *SBS News*, 23. August 2013, <https://www.sbs.com.au/news/anniversary-of-first-vietnam-boat-marked>.

¹⁷ National Museum of Australia, »Vietnamese Refugees Boat Arrival«, *Defining Moments*, zugegriffen 4. Juni 2020, <https://www.nma.gov.au/defining-moments/resources/vietnamese-refugees-boat-arrival>.

¹⁸ Karen Ashford, »Hieu Van Le's Journey from Boat Person to Governor«, *SBS News*, 2. September 2014, <https://www.sbs.com.au/news/hieu-van-le-s-journey-from-boat-person-to-governor>.

¹⁹ Fotos: flickr / Gawler History und Wikimedia Commons / Bahudhara.

²⁰ Hieu Van Le, »Hieu Van Le: Immigration a Priceless Asset«, *The Advertiser*, 23. Dezember 2010, <https://www.adelaidenow.com.au/ipad/hieu-van-le/news-story/42439a3dcdfb8c24e82186ceb5b7c83d>.

vietnamesisches Essen Zitronengras zu kaufen. Er fertigte eine Zeichnung von Zitronengras an, um sie den Verkäufern zu zeigen, doch als ein Ladeninhaber zu ihm sagte: »Kumpel, in Australien essen wir doch kein Gras«, gab er auf – vorerst. Denn »in 30 Jahren hat unsere Gesellschaft einen dramatischen Wandel durchgemacht. Die Reihen mit asiatischen Lebensmitteln in unseren Supermärkten sind nur ein Beispiel für diesen Wandel, den wir heute als selbstverständlich ansehen.« Und dieser Wandel ist nicht auf Australien beschränkt. Van Le berichtet von seinem Freund, der 1977 mit ihm auf dem Boot als Flüchtling in Darwin ankam und heute in Virginia in den USA lebt. Dort betreibt er über 30 riesige Gewächshäuser, in denen er Zitronengras anbaut.²¹

1945 hatte Australien 7 Millionen Einwohner. 1977 waren es 14 Millionen. Heute sind es 25 Millionen.²² Zahlreiche australische Regierungen hatten es sich zum Ziel gesetzt, die Bevölkerungszahl des Landes durch Immigration anzuheben. Allerdings bestimmte auch ein Jahrzehnt vor Van Les Ankunft immer noch die sogenannte White Australia Policy, wer als Migrant willkommen war. Australien hatte als Einwanderungsland jahrzehntelang nur Interesse an weißen Einwanderern und Flüchtlingen aus Europa. Die »Verbindung im Kopf«, die Assoziation, von der Richard Rorty als Basis von Solidarität sprach, wurde an der Hautfarbe festgemacht. Die Politik eines »weißen Australien« änderte sich nicht vor Anfang der 1970er-Jahre. Van Le hatte Glück, dass er erst 1977 ins Land kam.

Van Le hatte auch Glück, dass er vor 1989 Australien erreichte. In diesem Jahr wurden zum ersten Mal die Flüchtlinge eines Bootes aus Kambodscha festgenommen und jahrelang in Haft gehalten. 1992 führte die damalige Laborregierung die zwingende Inhaftierung aller irregulär Ankommenden ein. Ab 1995 war sogar eine zeitlich unbegrenzte Haft erlaubt. Hätte Van Le 2001 mit seinem Boot Darwin erreicht, hätte ihn die damalige Regierung nach Nauru gebracht. Wäre er 2013 gekommen, säße er vielleicht noch heute auf der Insel Manus fest. 1977 aber wurde er in unverkennbar australischem Stil begrüßt: »Als unser lädiertes Boot in den Hafen einfuhr, hörten wir plötzlich das summende Geräusch eines Bootes, das sich uns näherte. Es stellte sich als ein Blechboot heraus, in dem zwei Typen standen. Sie winkten uns zu, und einer von ihnen hielt ein Bier, hob die Hand und rief: ›Hallo, Kumpel, willkommen in Australien!‹ Das war ein bemerkenswerter Moment.«

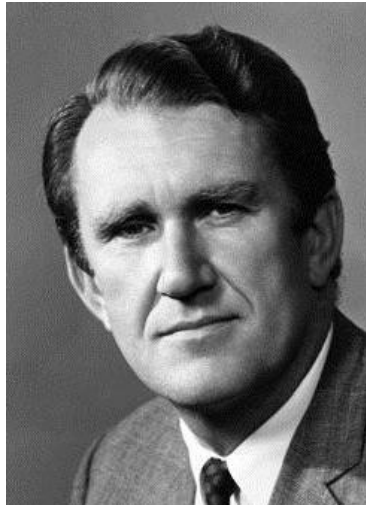
1977 war die beste, wenn nicht einzig gute Zeit, um als Bootsflüchtling in Australien anzukommen. Niemand, der es wie Van Le bis hierhergeschafft hatte, wurde verhaftet. Überdies wurden sehr viele Vietnamesen direkt aus Lagern in Südostasien nach Australien umgesiedelt. Bis 1983 waren es insgesamt 70 000, bis 1997 aus ganz Südostasien 185 700. In diesem Zeitraum nahmen weltweit nur die Vereinigten Staaten mehr Menschen pro Kopf auf.²³ Malcom Fraser, der verantwortliche Premierminister, erfuhr dafür viel Lob von Menschenrechtsgruppen. In dem Dokumentarfilm der australischen Regisseurin Eva Orner *Chasing Asylum* (etwa: Auf der Suche nach Asyl) von 2017 erklärte er seine Politik: »Wir hatten keine Wahl. Die Tatsache, dass wir in Vietnam gekämpft hatten, verstärkte das Gefühl der Verpflichtung, welches ich empfand. Wir überzeugten Malaysia, ein Aufnahmezentrum [zur Umsiedlung] zu errichten. Dort wurden Anträge, oft ziemlich schnell, innerhalb von ein bis zwei Monaten bearbeitet, und wer nach Australien durfte, wurde hierhergeflogen. Es bestand also keine Gefahr, dass Menschen auf See ertranken, nachdem sie zum

²¹ Hieu Van Le.

²² »Population by Country | Australia«, Our World in Data, zugegriffen 4. Juni 2020, <https://ourworldindata.org/grapher/population?country=~AUS>.

²³ Janet Phillips und Harriet Spinks, »Immigration Detention in Australia«, Department of Parliamentary Services (Parliament of Australia, 20. März 2013), 2.

Aufnahmezentrum in Malaysia gegangen waren.«²⁴ Fraser war stolz auf die »starke, sehr loyale australisch-vietnamesische Gemeinschaft«, die so entstand.



Malcolm Fraser, der konservative Premierminister Australiens von 1975 bis 1983, »stoppte« Flüchtlingsboote durch Kooperation und großzügige Neuansiedlungen Zehntausender Flüchtlinge aus südostasiatischen Nachbarländern. Bis zu seinem Tod 2015 war Fraser ein scharfer Kritiker der Nauru-Politik seiner Nachfolger.²⁵

Tatsächlich gelang es australischen Regierungen in den letzten 50 Jahren drei Mal, die Zahl der Menschen, die in Booten nach Australien kamen, drastisch zu senken: 2001 und 2013 mit den Lagern in Nauru und Manus sowie ab 1980 durch die Politik Malcolm Frasers. Von 1976 bis 1979 erreichten 2029 vietnamesische Bootsflüchtlinge Australien, doch danach kam jahrelang kaum noch ein Boot an.

Meinungsumfragen von 1979 zeigten Fraser, dass die Mehrheit der Australier die Umsiedlung einer »beschränkten Zahl« von Flüchtlingen in einem geregelten Verfahren unterstützte.²⁶ Gleichzeitig wusste seine Regierung, wie wichtig es war, die Kontrolle über irreguläre Migration zu gewährleisten. Denn auch damals versetzten selbst geringe Zahlen irregulär Ankommender die Bevölkerung in Alarmbereitschaft. Notfallpläne der Regierung sahen Maßnahmen vor, die in späteren Jahren alle ergriffen wurden: die zeitlich unbegrenzte Festsetzung von Bootsflüchtlingen in abgelegenen Gegenden bei minimaler Versorgung oder das Verweigern von Anlegeerlaubnissen. Doch 1979 kam es nicht dazu.

²⁴ *Chasing Asylum* (Dogwoof, 2016), <https://dogwoofsales.com/chasing-asylum>.

²⁵ Foto: Wikimedia Commons / Commonwealth of Australia 2011.

²⁶ Claire Higgins, *Asylum by Boat: Origins of Australia's Refugee Policy* (NewSouth Publishing, 2017), 35.

Australien unter Fraser: „Holding the boats“²⁷

	Irreguläre Bootsankünfte
1976	111
1977	868
1978	746
1979	304
1980	0
1981	30
1982	0
1983	0
1984	0
1985	0
1986	0
1987	0
1988	0
1989	26

Fraser beschloss, mit den Transitländern zu kooperieren. Er bot den Regierungen Malaysias und Indonesiens an, Flüchtlinge nach Australien umzusiedeln, wenn sie im Gegenzug verhinderten, dass Boote in Richtung Australien ablegten. Frasers damaliger Einwanderungsminister erklärte, es sei »naiv« anzunehmen, dass Erstaufnahmeländer wie Malaysia »dem australischen Ziel, Flüchtlinge vielleicht auf unbestimmte Zeit festzuhalten, positiv gegenüberstehen würden, bevor nicht eine internationale Umsiedlung organisiert werden kann«.²⁸

Es gibt ein faszinierendes Buch der australischen Historikerin Claire Higgins über diese Zeit und die internen Diskussionen in Frasers Regierung. Darin beschreibt sie, dass auch damals Formen der Abschreckung erwogen, dann aber verworfen wurden. Der Migrationsminister erklärte allerdings in fast jeder Pressemitteilung, Australiens Regierung »habe die volle Kontrolle«.²⁹ Im Januar 1978 betonte er, Australien würde eine striktere Politik gegenüber den Bootsflüchtlingen einnehmen, sollten sie zu einem größeren Phänomen werden.³⁰ Higgins zeigt auch, dass die USA und Australien potenzielle Flüchtlingsboote in den Häfen der Transitländer heimlich beschädigten, um eine Weiterfahrt unmöglich zu machen.³¹

Die Politik der großzügigen Aufnahme von Flüchtlingen wurde somit auch dadurch möglich, dass man irreguläre Boote stoppte. Zwischen 1981 und 1989 erreichte kein Boot mehr irregulär Australien. Wie Australiens damalige Regierung und die Bevölkerung reagiert hätten, wenn in einem Jahr Tausende gekommen wären, wie später in den Jahren 2000 oder 2010, ist ungewiss, denn dazu kam es nicht.

²⁷ Janet Phillips und Social Policy, »Boat arrivals and boat ›turnbacks‹ in Australia since 1976: a quick guide to the statistics«, Parliamentary library, Research Paper Series, 17. Januar 2017, https://www.aph.gov.au/About_Parliament/Parliamentary_Departments/Parliamentary_Library/pubs/rp/rp1617/Quick_Guides/BoatTurnbacks.

²⁸ Claire Higgins, 105.

²⁹ Claire Higgins, 46. Zu den Umfragen in dieser Zeit: 35.

³⁰ Claire Higgins, 31.

³¹ Claire Higgins, 102.



Labour-Premierminister Kevin Rudd. Er schloss Nauru und beendete die Insepolitik im Jahr 2008, die er als unmoralisch bezeichnete. Dann öffnete eine Labour-Regierung Nauru und Manus wieder und er verschärfte die Politik 2013 noch weiter, bevor er die Wahlen verlor.³²

Doch warum gelang es 1979 durch Kooperation mit Nachbarstaaten, die Zahl der Ankommenden fast auf null zu senken, ohne Menschen durch inhumane Behandlung abzuschrecken, aber später nicht mehr? Tatsächlich gab es 2011 einen weiteren solchen Versuch. Die australische Labor Party hatte die Nauru-Politik in der Opposition 2007 als unmoralisch und zynisch bezeichnet und nach ihrem Wahlsieg 2008 unter Premierminister Kevin Rudd die beiden Lager geschlossen. Daraufhin war die Zahl ankommender Bootsflüchtlinge schnell wieder gestiegen. Kurz vor Weihnachten 2010 ereignete sich dann ein schreckliches Schiffsunglück vor den Weihnachtsinseln. Mindestens 27 Menschen kamen ums Leben, als ihr Schmugglerboot direkt an der Küste in einen Sturm geriet. Während meterhohe Wellen das leckgeschlagene Boot gegen die Küstenfelsen schlugen, versuchten Inselbewohner, den Flüchtlingen zu helfen. Einer berichtete später: »Babys, Kinder, vielleicht drei oder vier Jahre alt, hingen an Holzstücken, sie schrien ›Hilfe, Hilfe, Hilfe‹. Wir warfen ihnen Schwimmwesten zu, aber viele von ihnen konnten nicht die paar Meter schwimmen, um sie zu erreichen. Wenn wir ins Wasser gesprungen wären, wären wir selbst gestorben.«³³ Solche Szenen, die von der Küste aus gefilmt wurden, erschütterten die Gesellschaft. Der Druck, eine bessere Politik zu finden, wuchs, doch die Regierung wollte Nauru und Manus nicht wieder eröffnen und entwickelte schließlich 2011 eine Alternative: eine Einigung mit Malaysia. Malaysia würde Bootsflüchtlinge von Australien zurücknehmen und ihnen dort vom UNHCR durchgeführte Asylverfahren ermöglichen. Im Gegenzug würde Australien eine größere Anzahl Schutzbedürftiger direkt aus Malaysia aufnehmen.³⁴ So sollten gleichzeitig Boote gestoppt und legale Neuansiedlungen gefördert werden, ohne Asylsuchende durch schlechte Behandlung abzuschrecken.

Am 25. Juli 2011 präsentierte die Regierung die neue »Vereinbarung zwischen der Regierung Australiens und der Regierung Malaysias über die Überstellung und Umsiedlung von Flüchtlingen«. Sie war kurz:

³² Foto: Wikimedia Commons / Office of the Hon. Kevin Rudd

³³ Stephen Kurczy, »Christmas Island boat tragedy fuels debate over Australian policy on asylum seekers«, *Christian Science Monitor*, 15. Dezember 2010, <https://www.csmonitor.com/World/terrorism-security/2010/1215/Christmas-Island-boat-tragedy-fuels-debate-over-Australian-policy-on-asylum-seekers>.

³⁴ »Asylpolitik: Malaysia und Australien tauschen Flüchtlinge aus«, *Der Spiegel*, 25. Juli 2011, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/asylpolitik-malaysia-und-australien-tauschen-fluechtlinge-aus-a-776403.html>.

»Die Regierung Australiens wird bestimmte Personen, die internationalen Schutz zur Feststellung des Flüchtlingsstatus beantragen, nach Malaysia überstellen, im Austausch dafür, dass die Regierung Australiens bestimmte Personen aufnimmt, die vom Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) in Malaysia als Flüchtlinge eingestuft wurden.

Dieses Abkommen setzt voraus, dass der UNHCR und die Internationale Organisation für Migration (IOM) die ... vorgesehenen Aufgaben und Funktionen erfüllen können. Gemäß dem Abkommen wird Malaysia die Überstellung von bis zu 800 Asylbewerbern aus Australien akzeptieren. Im Gegenzug wird Australien 4000 anerkannte Flüchtlinge aus Malaysia über einen Zeitraum von vier Jahren umsiedeln.«³⁵

Die Laborregierung erklärte dazu: »Unterschätzen Sie nicht die Entschlossenheit dieser Regierung ... Wir wollen nicht, dass Menschen mit menschlichem Elend Geschäfte machen. Wir wollen den Anreiz für Menschen, in Boote zu steigen, beseitigen.«³⁶ Der UNHCR begrüßte noch am selben Tag die Vereinbarung:

»Der UNHCR hofft, dass die Vereinbarung mit der Zeit zu mehr Schutz in beiden Ländern und der gesamten Region führen wird. Er begrüßt auch, dass weitere 4000 Flüchtlinge aus Malaysia durch Umsiedlung nach Australien eine dauerhafte Lösung erhalten. Das Potenzial, auf sichere und humane Optionen jenseits gefährlicher Bootsfahrten hinzuwirken, ist ebenfalls ein positiver Aspekt dieses Übereinkommens.

Das Übereinkommen und seine Umsetzungsrichtlinien enthalten wichtige Schutzgarantien, einschließlich der Achtung des Grundsatzes der Nichtzurückweisung, des Asylrechts, des Grundsatzes der Familienzusammenführung und des Kindeswohls, menschenwürdiger Aufnahmebedingungen einschließlich des Schutzes vor willkürlicher Inhaftierung, des rechtmäßigen Status, in Malaysia zu bleiben, bis eine dauerhafte Lösung gefunden ist, sowie der Möglichkeit, Bildung, Zugang zur Gesundheitsversorgung und ein Recht auf Beschäftigung zu erhalten.«³⁷

Der UNHCR hatte bereits jahrzehntelange Erfahrung mit dieser Art von Kooperation in Südostasien. Die Einigung sah vor, dass die australische Regierung alle Kosten für das Asylverfahren in Malaysia, die medizinische Versorgung und den Schulbesuch übernehmen würde. John Menadue, der damalige Leiter der australischen Einwanderungsbehörde, nannte die Vereinbarung eine »seltene Chance, die grausame Behandlung [von Flüchtlingen] zu beenden«. Man müsse das Potenzial der Vereinbarung zur Stärkung des Flüchtlingsschutzes in der Region anerkennen. Wie schon bei Malcolm Fraser war es das Ziel der Regierung, »die Boote zu stoppen«. Und auch diese Politik beruhte auf der Kooperation mit Nachbarländern, in denen Asylverfahren in Kooperation mit dem UNHCR stattfinden sollten. Hinzu kam der Vorschlag, durch Rückführungen ab einem Stichtag den Anreiz für irreguläre Bootsfahrten zu beseitigen.

Doch Labor hatte ein Problem: 2011 hatte die Partei im Parlament keine eigene Mehrheit. Die Liberale Partei von Tony Abbott, damals in der Opposition, kritisierte das Abkommen. Warum

³⁵ »Arrangement between the government of Australia and the government of Malaysia on transfer and resettlement«, 25. Juli 2011, <https://www.kaldorcentre.unsw.edu.au/sites/default/files/arrangement-australia-malaysia-transfer-resettlement.pdf>.

³⁶ »Transcript of joint press conference«, Prime Minister, 7. Mai 2011, https://parlinfo.aph.gov.au/parlInfo/download/media/pressrel/759982/upload_binary/759982.pdf;fileType=application/pdf#search=%22bowen%20malaysia%22.

³⁷ »UNHCR Statement on the Australia-Malaysia Arrangement«, UNHCR, 25. Juli 2011, <https://www.unhcr.org/news/press/2011/7/4e2d21c09/unhcr-statement-australia-malaysia-arrangement.html>.

sollte Australien aus Malaysia *mehr* Schutzbedürftige aufnehmen (4000), als es zurückschickte (800), wo es doch die Nauru-Option als Alternative gab, die in der Vergangenheit funktioniert hatte? Der liberale Abgeordnete Scott Morrison, heute Premierminister, sah in jeder Form von Aufnahmezentren in Nachbarländern einen Pull-Effekt. Stattdessen boten die Liberalen der Regierung an, das Migrationsgesetz zu ändern: »Die Benennung eines Landes als Standort exterritorialer Aufnahmezentren« sollte erfolgen »ohne Bezugnahme auf Völker- oder nationales Recht«. ³⁸ Dies ermöglichte, jeden Ankommenden in jedes Land der Welt zu schicken.



*Die Alternative zur Rückkehr zur Nauru-Politik war das Australien-Malaysia-Abkommen von 2011 zur Reduzierung der irregulären Migration. Es wurde von einer Allianz aus Konservativer und Grüner Partei, aus den Gegnern jeglicher irregulärer Migration und Menschenrechtsgruppen vereitelt.*³⁹

Gleichzeitig griffen auch die australischen Grünen, auf die Labor für die Mehrheit im Parlament angewiesen war, die Malaysia-Vereinbarung an.⁴⁰ Der Abgeordnete Adam Bandt brachte einen Antrag gegen die Vereinbarung ins Parlament. Mit den Stimmen der oppositionellen Liberalen Partei von Tony Abbott und von zwei unabhängigen Abgeordneten erzielte Bandt hierfür eine Mehrheit. Eine Sprecherin der Grünen warnte: »Es ist unmöglich, dass die 800 Menschen, die Australien ausweist, besser behandelt werden als die 94 000 anderen Asylbewerber in Malaysia ... Die Grünen halten die Malaysia-Vereinbarung für unmenschlich.«⁴¹ Diese Kritik wurde von Menschenrechtsorganisationen geteilt. In einem offenen Brief griff Human Rights Watch das Malaysia-Abkommen scharf an: »Es ist inakzeptabel, eine Ausnahme für 800 auszutauschende Personen zu schaffen, wenn etwa 90 000 andere Flüchtlinge und Asylbewerber, die in Malaysia leben – mit ähnlichen Ansprüchen und Schutzbedürftigkeit –, nach malaysischem Recht als »illegale Migranten« zurückbleiben, die verhaftet, festgehalten und abgeschoben werden können.«⁴²

³⁸ »Migration Legislation Amendment (Offshore Processing and Other Measures) Bill 2011« (2011), <https://www.legislation.gov.au/Details/C2011B00193/Html/Text>, <http://www.legislation.gov.au/Details/C2011B00193>.

³⁹ Foto: gettyimages / Stanley Chou.

⁴⁰ Senator Sarah Hanson-Young, »Migration Amendment (Declared Countries) Bill 2011« (2011), 3, <https://parlinfo.aph.gov.au/parlInfo/search/display/display.w3p;query=Id:%22legislation/billhome/s832%22>.

⁴¹ »Greens Repeat Opposition to Malaysian People Swap«, The Greens, 22. Juli 2011, <http://sarah-hanson-young.greensmps.org.au/articles/greens-repeat-opposition-malaysian-people-swap>.

⁴² »Letter to the Prime Ministers of Australia and Malaysia Regarding the Australia-Malaysia Transfer and Resettlement Arrangement«, Human Rights Watch, 26. Juli 2011, <https://www.hrw.org/news/2011/07/26/letter-prime-ministers-australia-and-malaysia-regarding-australia-malaysia-transfer>.

Ein Menschenrechtsanwalt brachte die Vereinbarung vor Australiens High Court. Dieser urteilte im August 2011, das Abkommen stehe im Widerspruch zum damals gültigen australischen Migrationsgesetz. Denn demnach sei ein anderes Land rechtlich dazu verpflichtet, Zugang zu eigenen Asylverfahren sicherzustellen. Malaysia hatte die Genfer Flüchtlingskonvention nicht ratifiziert und war daher nicht verpflichtet, Zugang zu Asylverfahren zu gewähren.⁴³ Die australischen Grünen und Human Rights Watch freuten sich über das Urteil. Der britische *Guardian* schrieb, das »Scheitern der australischen ›Malaysia-Lösung« sei »ein positiver Schritt für Flüchtlinge«.⁴⁴

Nun geschah das Vorhersehbare. Zwischen Sommer 2011 und Ende 2013 erreichten 582 Boote mit 38 890 Menschen Australien. 600 Menschen ertranken in dieser Zeit. Ohne eine alternative Politik und angesichts weiter steigender Ankunfts zahlen beschloss Labor eine Kehrtwende und öffnete die Insellager wieder. Es war Kevin Rudd, der die Lager 2008 geschlossen hatte, der nun im Juli 2013 verkündete: »Ab heute werden Asylsuchende, die ohne Visum in Booten hierherkommen, niemals in Australien heimisch werden.« Und Rudd ergänzte: »Unser Land hat es satt, dass Menschenschmuggler Asylbewerber ausbeuten und auf hoher See ertrinken lassen.«⁴⁵

Das Migrationsgesetz, auf das sich das Gericht in seinem Urteil bezogen hatte, wurde dafür von Labor und der Liberalen Partei geändert. Rudd verlor zwar die Wahl im Herbst 2013, doch seitdem steht fast das gesamte Parlament hinter dieser Politik. Die Liberale Partei von Abbott kehrte an die Macht zurück und setzte auf die bis dahin strikteste Abschreckungspolitik, mit brutaler Entschlossenheit und um den Preis von Menschenrechtsverletzungen.

Konnte man von Malaysia 2011 erwarten, 800 oder mehr Flüchtlinge angemessen zu versorgen? Malaysia war damals auf dem sozioökonomischen Entwicklungsstand von Australien, Schweden und Deutschland 1968.⁴⁶ John Menadue von der australischen Einwanderungsbehörde wies darauf hin, dass Malaysia viele Jahre lang eine Schlüsselrolle bei der Umsiedlung der vietnamesischen Bootsflüchtlinge gespielt hatte: »Viele haben die entscheidende Rolle Malaysias bei der Suche nach Lösungen für Hunderttausende von indochinesischen Flüchtlingen in den 1970er- und 1980er-Jahren als Erstasylland vergessen ... Ohne regionale Zusammenarbeit wäre dies nicht möglich gewesen.«⁴⁷

Vielleicht hätte die Laborregierung der Opposition mehr anbieten müssen, als nur 4000 Flüchtlinge zu übernehmen. Vielleicht hätte die Grüne Partei mehr Garantien fordern und Menschenrechtsorganisationen mehr Vorschläge machen müssen, wie man in Malaysia hätte überwachen können, was mit jenen passierte, die zurückgeschickt würden. Niemand kann sagen, ob das Abkommen mit Malaysia die Zahl der Ankommenden 2011 tatsächlich reduziert hätte. So wie auch im März 2016 niemand vorhersagen konnte, ob die EU-Türkei-Erklärung

⁴³ Plaintiff M70/2011 v Minister for Immigration and Citizenship; Plaintiff M106 of 2011 v Minister for Immigration and Citizenship, No. 32 (High Court of Australia, 31. August 2011), Absatz 148.

⁴⁴ Fergal Davis, »The Failure of Australia's ›Malaysia Solution‹ Is a Positive Step for Refugees«, *The Guardian*, 4. September 2011, <https://www.theguardian.com/commentisfree/2011/sep/04/australia-failure-malaysia-solution-refugees>.

⁴⁵ Irial Glynn, *Asylum Policy, Boat People and Political Discourse: Boats, Votes and Asylum in Australia and Italy* (Palgrave Macmillan UK, 2016), 160.

⁴⁶ Pro-Kopf-Einkommen Malaysia 2011: 19 390 USD, Schweden: 19 532 USD, Deutschland: 19 927 USD, Australien 1968: 20 255 USD. »GDP per capita in US\$ | Malaysia, Australia, Sweden, Germany«, Our World in Data, zugegriffen 1. Juni 2019, <https://ourworldindata.org/grapher/maddison-data-gdp-per-capita-in-2011-us-single-benchmark?time=1820.2016&country=MYS+SWE+DEU+AUS>.

⁴⁷ John Menadue, »Malaysia Refugee Deal a Rare Chance to End Cruel Treatment«, *The Sydney Morning Herald*, 13. Mai 2011, <https://www.smh.com.au/politics/federal/malaysia-refugee-deal-a-rare-chance-to-end-cruel-treatment-20110513-1emal.html>.

einen Rückgang von Bootsflüchtlingen in der Ägäis erreichen würde. Fest steht: Es gab 2011 eine mögliche Mehrheit und einen regionalen Partner für eine Alternative zur Rückkehr zur Nauru-Politik. Malaysia war bereit, doch der Widerstand gegen jede Kooperation dieser Art war zu stark.

2016 distanzierten sich sowohl Tony Abbott als auch Scott Morrison von der kompromisslosen Kampagne ihrer Partei gegen die Malaysia-Lösung. Doch da war es zu spät. Nach 2013 blieb den Gegnern der Nauru-Politik, die auch das Abkommen mit Malaysia abgelehnt hatten, nur noch, gegen ihre Regierung zu demonstrieren, ohne Hoffnung auf politische Unterstützung durch die beiden großen Parteien. Die Kritik an der Inselpolitik riss nicht ab. Dies machte es möglich, dass für Projekte wie den Film *Chasing Asylum* private Gelder zusammenkamen. Doch auch dessen engagierte Regisseurin Eva Orner stellte 2016 fest, dass sie angesichts der Situation auf den Inseln niemandem raten würde, »mit dem Boot nach Australien zu kommen«. ⁴⁸ Sie antwortete in einem späteren Interview auf die Frage, wie sich die Politik in Australien konkret ändern könnte, mit einem Achselzucken. ⁴⁹

Malcolm Fraser war es durch Kooperation mit Nachbarstaaten gelungen, staatliche Kontrolle und Empathie für Geflüchtete zu verbinden. Er überzeugte eine skeptische australische Bevölkerung davon, sehr viele Flüchtlinge in einem geregelten Prozess aufzunehmen. Diese Politik wurde über das Ende seiner Regierung hinaus viele Jahre fortgeführt. Sie war human und mehrheitsfähig. Dies war 1979 möglich, wäre 2011 mit einer verbesserten Malaysia-Lösung möglich gewesen und bleibt auch in Zukunft möglich, sollte sich die Debatte in Australien wieder ernsthaft der Frage zuwenden, wie humane Grenzen ohne Menschenrechtsverletzungen zu erreichen wären.



www.grenzen.eu

Gerald Knaus
**Welche Grenzen
brauchen wir?**

Empfohlen:

Audio: <https://www.wheelercentre.com/broadcasts/podcasts/the-messenger>, über das Leben auf Manus.



Video: [Chasing Asylum](#) von Eva Orner, über Manus und Nauru.

Zwischen Empathie und Angst – Flucht, Migration und die Zukunft von Asyl

Artikel: [This pains me, but it's time to compromise on Australia's cruel asylum seeker policy](#), Robert Manne, The Guardian, 2018, über einen Ausweg aus der australischen Pattsituation.



⁴⁸ Brigid Delaney, »Eva Orner on Chasing Asylum: ›Every whistleblower that I interviewed wept‹«, *The Guardian*, 30. April 2016, <https://www.theguardian.com/australia-news/2016/apr/30/eva-orneer-on-chasing-asylum-every-whistleblower-that-i-interviewed-wept>.

⁴⁹ »VICE Talks ›Chasing Asylum‹ with Filmmaker Eva Orner«, *Vice*, zugegriffen 14. Juli 2020, https://video.vice.com/en_nz/video/vice-talks-chasing-asylum-with-filmmaker-eva-orneer/572978fbc2bc5bca15423884.

UNHCR 2011 über die Alternative zu Nauru/Manus

PRESS RELEASE



Monday 25 July 2011

UNHCR Statement on the Australia-Malaysia Arrangement

GENEVA – UNHCR notes the signature today of a bilateral Arrangement between Australia and Malaysia on transfer and resettlement.

UNHCR is not a signatory to the Arrangement, however it appreciates that both Governments have consulted with the Office.

UNHCR's preference has always been an arrangement which would enable all asylum-seekers arriving by boat into Australian territory to be processed in Australia. This would be consistent with general practice.

The current Arrangement worked out by both parties takes a different approach. It responds to the particular domestic and regional context of the asylum and migration situation in the Asia-Pacific region, which includes the need to address people smuggling challenges and, in particular, to prevent further loss of life at sea.

UNHCR hopes that the Arrangement will in time deliver protection dividends in both countries and the broader region. It also welcomes the fact that an additional 4000 refugees from Malaysia will obtain a durable solution through resettlement to Australia. The potential to work towards safe and humane options for people other than to use dangerous sea journeys are also positive features of this Arrangement. In addition, the Malaysian Government is in discussions with UNHCR on the registration of refugees and asylum-seekers under the planned Government programme announced in June on the registration of all migrant workers.

The Arrangement and its implementing guidelines contain important protection safeguards, including respect for the principle of *non-refoulement*; the right to asylum; the principle of family unity and best interests of the child; humane reception conditions including protection against arbitrary detention; lawful status to remain in Malaysia until a durable solution is found; and the ability to receive education, access to health care, and a right to employment.

The critical test of this Arrangement will now be in its implementation both in Australia and Malaysia, particularly the protection and vulnerability assessment procedures under which asylum-seekers will be assessed in Australia prior to any transfer taking place.

UNHCR will continue to monitor and review progress, remaining engaged with the parties to ensure the protection safeguards are implemented in practice as the two governments bring this Arrangement into effect.

Communications
and Public Information
Service

HQPI00
P.O. Box 2500
CH-1211 Geneva 2

Tel (41 22) 739 85 02
Fax (41 22) 739 73 14
www.unhcr.org

